

**Interpellation SVP-Fraktion:****«Umsetzung der Ausschaffungsinitiative – transparente Zahlen zu den Landesverweisungen ausländischer Straftäter im Kanton St.Gallen**

Seit Oktober 2016 gelten die verschärften Bestimmungen zur Ausschaffung krimineller Ausländer. Vor den Gerichten sind derzeit mehrere hundert Verfahren hängig, die eine Landesverweisung zur Folge haben könnten. Laut Mitteilung der Schweizerischen Staatsanwälte-Konferenz (SSK) wurde die umstrittene Härtefallklausel in den ersten sechs Monaten seit Umsetzung der Ausschaffungsinitiative von den Staatsanwaltschaften in landesweit rund 50 Fällen angewendet.

Die eidgenössischen Räte hatten die Ausnahmebestimmung bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative verfassungswidrig ins Gesetz geschrieben, um den Gerichten einen Spielraum zu belassen. In der Parlamentsdebatte war aber deutlich geworden, dass die Klausel nur in einem von 20 Fällen angewendet werden sollte. Die 50 angewendeten Härtefallklauseln müssten demnach 1'000 tatsächliche Ausschaffungen gegenüberstehen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich die Bilanz über die Anwendung der Härtefallklausel im Verhältnis zu den tatsächlich gesprochenen Ausschaffungen und zu den tatsächlich physisch vollzogenen Ausschaffungen dar, sowohl im Kanton St.Gallen als auch landesweit und aufgeschlüsselt nach:
  - vorsätzlichen Tötungsdelikten;
  - Vergewaltigungen und anderen schweren Sexualdelikten;
  - anderen Gewaltdelikten wie Raub;
  - Menschenhandel;
  - Drogenhandel;
  - Einbruchsdelikten;
  - Raserdelikten;
  - missbräuchlichem Bezug bzw. Betrug im Bereich der Sozialversicherung und -hilfe.
2. Führt die neue Gesetzgebung zu höheren Kosten für die amtliche Verteidigung?
3. Würde die wortgetreue Umsetzung der von Volk und Ständen gutgeheissenen Ausschaffungsinitiative im Vergleich zur aktuellen Regelung zu tieferen Kosten für die amtliche Verteidigung führen, insbesondere unter dem Aspekt der klaren Regelung ohne Härtefallklausel (gemäss Ausschaffungsinitiative), wie es beispielsweise im Strassenverkehrsbereich gehandhabt wird?»

19. September 2017

SVP-Fraktion